



# Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm

Ausgabe 12 – Oktober 2008

KOLUMNE

## Liebe Leserin, Lieber Leser

Brandenburg hat gewählt. 14 Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der vier kreisfreien Städte sowie 416 Kommunalvertretungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, 266 ehrenamtliche und 4 hauptamtliche Bürgermeister und 353 Ortsvorsteher und 1.264 Ortsbeiräte wurden neu bestimmt. Mit einer Wahlbeteiligung von 50,3 Prozent haben deutlich mehr BrandenburgerInnen als 2003 (45,8 Prozent) ihre Stimme abgegeben. Dieser Trend zeigt, dass die Zahl der politikinteressierten EinwohnerInnen unseres Landes wächst. 4,7 Prozent von ihnen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Stimme gegeben. Natürlich müssen wir da noch was drauflegen, um bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr die Fünfprozenthürde zu überwinden. Aber der Zuwachs an Wählerstimmen macht zuversichtlich, dass das zu schaffen ist. Die WählerInnen haben unsere bisherige Arbeit honoriert. Wir werden auch weiterhin nicht locker lassen, wenn es darum geht, die Rechte der BürgerInnen zu verteidigen, die Schätze unserer Natur zu bewahren und die Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen zu reformieren. Zukunft gewinnt nur, wer in Köpfe statt in Beton investiert. Ich möchte all denen danken, die sich als KandidatInnen zur Verfügung gestellt, und auch jenen, die den Wahlkampf mit Ideen und Aktionen belebt haben. Alle gemeinsam haben zum guten Abschneiden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beigetragen und damit den Grundstein für starkes bündnisgrünes Engagement in Brandenburger Kommunen gelegt.

Ihre

Cornelia Behm

Gesundheit

# Gesundheitsreform auf Kosten der Geringverdiener

**Der von der Großen Koalition in Berlin beschlossene Gesundheitsfonds startet am 1. Januar 2009. Damit hinterlassen Union und SPD Deutschland im Wahljahr ein Erbe, an dem die unteren Einkommensklassen noch lange zu knabbern haben werden.**

Der Gesundheitsfonds löst kein Problem der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sondern schafft viele neue. Er schwächt das Solidarprinzip und leistet keinen Beitrag zu einer nachhaltigeren und sozial gerechteren Finanzierung der GKV. Weder werden die Privatversicherten einbezogen noch wird die Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge verbreitert. So bleiben beispielsweise Kapitaleinkünfte weiterhin beitragsfrei. Ausgerechnet die wirtschaftlich leistungsfähigsten und im Regelfall auch gesündesten Bevölkerungsgruppen werden nicht am Solidarausgleich beteiligt. Damit schlagen

die Ausgabensteigerungen bei den Arzneimitteln, die Honorarsteigerungen bei den Ärzten und auch die Finanzhilfen für die Krankenhäuser mit voller Wucht auf Arbeitnehmer mit geringem Einkommen und auf Transfereinkommensbezieher durch.

Im Rahmen des Gesundheitsfonds sollen die bisherigen kassenindividuellen Beitragssätze durch einen einheitlichen Krankenversicherungsbeitrag ersetzt werden. Den Beitragssatz für das Jahr 2009 hat die Bundesregierung auf 15,5 Prozent festgelegt. Für den Großteil der gesetzlich Versicherten wird es ab

dem 1. Januar deshalb erheblich teurer werden.

Ab 2010 soll der Gesundheitsfonds durch die so genannte Kleine Kopfpauschale ergänzt werden. Die Ausgaben der GKV werden dann nur noch zu 95 Prozent durch den Fonds finanziert. Damit wird der Versichertenanteil um weitere 3,5 bis 4 Mrd. Euro angehoben.

In der Summe werden sich die Zusatzbelastungen der Versicherten innerhalb der nächsten beiden Jahre auf wenigstens 7 bis 9 Mrd. Euro belaufen. Für eine Reform, von der die verantwortliche Ministerin →

**7 Mrd. Euro  
Mehrkosten**

**Regierung bittet die Arbeitnehmer bei der Gesundheit zur Kasse**



## Gesundheitsreform auf Kosten der Geringverdiener

Unter den Gesundheitsfonds von Union und SPD werden die unteren Einkommensklassen lange leiden.

(Fortsetzung von Seite 1)

→ noch vor einem Jahr behauptet hat, dass sie nicht auf Kosten der Versicherten und Patienten geht, ist das schon enorm.

Für die Befürworter der Kopfschale ist dieser Zusatzbeitrag schon heute nur der Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der GKV. Krankenkassen mit vielen einkommensschwachen Mitgliedern und mit vielen beitragsfrei mitversicherten Kindern werden dadurch systematisch benachteiligt. Gleichzeitig werden massive Anreize für die Kassen geschaffen, ihr Service- und Leistungsangebot vor allem auf Gutverdienende und Kinderlose auszurichten.

Im Gesetzgebungsverfahren haben Bayern und Baden-Württemberg darüber hinaus durchgesetzt, dass der mit dem Gesundheitsfonds verbundene Finanzausgleich zwischen den Kassen in reicheren und ärmeren Regionen begrenzt wird. Renommiertere Gesundheitsökonominnen haben nun festgestellt, dass diese neu in das Gesetz geschriebene Regelung bei einer wörtlichen Umsetzung zu einer dramatischen Unterfinanzierung der Krankenversicherung führt. Und selbst dann, wenn man sie vom größten Unsinn befreit, werden die Versicherten in Ostdeutschland für die höheren Ärztehonorare in Bayern und Baden-Württemberg bezahlen müssen. Solidarität sieht anders aus.

Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion setzt sich für eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems ein. Wir sind für eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger, auch Beamte und Politiker, einzahlen. Damit wollen wir die Teilung zwischen einem privaten Versicherungsmarkt und der gesetzlichen Krankenversicherung überwinden. Wir wollen einen finanzierbaren Krankenkassenbeitrag für Alle.

# Die Blase ist geplatzt

Weltweit sind die Finanzmärkte in Aufruhr. Wir sind Zeugen eines Erdbebens, das die Weltwirtschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert. Nun steht die Welt am Rande der schwersten Krise seit 1929. Rufe nach dem Staat sind verständlich.

Die Krise hat Folgen weit über die Finanzmärkte hinaus. Die Konsequenzen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft könnten bitter sein. Eine weltweite Rezession würde viele tausende Arbeitsplätze gefährden.

Die Bundesregierung hat die Gefahr für Deutschland lange kleingeredet. Gerade Union und FDP haben eine stärkere Regulierung als unbegründeten Eingriff in funktionierende Märkte immer wieder abgelehnt. Die Finanzmarktkrise zeigt jedoch, dass die Rahmenbedingungen an den globalen Kapitalmärkten unzureichend sind. Denn Gewinne werden privatisiert, Verluste aber sozialisiert. So kann es nicht weitergehen. Das gesamte Finanzaufsichtssystem gehört auf den Prüfstand. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Das Management der Banken muss sich mäßigen. Die zivilrechtliche Haftung derjenigen Manager, die für Inhalt und Verbreitung der relevanten Kapitalmarktinformationen verantwortlich sind, muss gesetzlich festgelegt werden. Damit Aufsichtsräte

ihrer Aufgabe verantwortungsvoll nachkommen können, wollen wir, dass die Zahl der Aufsichtsratsmandate auf maximal fünf pro Person beschränkt wird. Auch der direkte

Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat soll künftig unmöglich sein. Die Politik muss Exzessen bei Managergehältern einen Riegel vorschieben. Vorstandsgehälter sind konsequent offenzulegen. Das gilt auch für zugelegte Altersbezüge.

Wir brauchen eine Finanzaufsicht, die unabhängig und schlagkräftig ist. Die BaFin soll von der Bundesbank die alleinige Zuständigkeit und endgültige Kompetenz für die Bankenaufsicht übernehmen, während die Bundesbank alle für die Geldpolitik notwendigen Informationen erhält. In Zukunft müssen sämtliche Bankgeschäfte in die Aufsicht einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass bestimmte Bankaktivitäten in eine so genannte „Aufsichtslücke“ hineinfallen.

Außerdem ist mehr Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten nötig. Die BaFin sollte Verbraucherbe-

schwerden in Sachen Finanzmärkte aktiv aufgreifen und der Politik darüber berichten, ob und wenn ja welche gesetzlichen Schritte notwendig wären, um auftretende Defizite z. B. bei Beratung oder Informationspflichten und Transparenz zu beseitigen.

Auf europäischer Ebene wollen wir eine Finanzumsatzsteuer einführen. Gegenwärtig sind Umsätze mit Finanzprodukten wie Aktien, Derivate oder Optionen innerhalb der EU weitgehend frei von Umsatzbesteuerung. Wie andere Produkte und Dienstleistungen auch sollen Finanztransaktionen mit einer Umsatzsteuer belegt werden. Bereits ein Steuersatz von 0,01 Prozent würde zu einem relevanten Finanzierungsbeitrag führen. Mit den Einnahmen der Finanzumsatzsteuer würde der Finanzsektor, der die aktuelle Krise zu verantworten hat, einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens liefern.

## Managergehälter kürzen

## Bankenkontrolle verbessern

## Lex Edmund Stoiber

Der Handel mit virtuellem Geld liegt am Boden



# Schluss mit den Atomlügen!

*Der Ausstieg aus der Atomenergie ist heute mindestens so richtig wie gestern. Denn Atomkraft ist lebensgefährlich, teuer und erzeugt hochgefährlichen Müll, den bisher niemand sicher entsorgen kann. Einem Rückfall ins Atomzeitalter werden wir Grüne uns daher mit aller Kraft entgegenstellen!*

Mit der Angst vor einer angeblichen „Stromlücke“ und dem Lockmittel Strompreissenkung wollen die Stromkonzerne, die Union und die FDP Akzeptanz für die Atomkraft erhöhen.

Doch das ist Augenscherelei!

Die „Stromlücke“ ist eine Mär. Seit 2006 erzielt die deutsche Stromwirtschaft immer wieder neue Rekordüberschüsse – und das, obwohl zeitweilig sieben

## Atom Müll ohne Endlager

Atomkraftwerke wegen Pannen und technischer Mängel parallel stillstanden. Solche Einbrüche gleichen die erneuerbaren Energien heute bereits aus. 14 % des Stroms stammt bereits aus Wind, Wasser und Biomasse, 2020 könnten es über 40 Prozent sein. Unabhängige Untersuchungen kommen daher zu dem Ergebnis, dass die Stromversorgung im Jahre 2020 sowohl ohne Atomkraft als auch ohne neue Kohlekraftwerke jederzeit gesichert ist.

Eine Strompreissenkung ist durch

die Nutzung der Atomkraft auch nicht zu erwarten. Denn obwohl in den letzten Jahren kein Atomkraftwerk abgeschaltet worden ist, sind die Strompreise stetig gestiegen.

Klar: Jeder Stromkonzern verkauft seinen Strom so teuer wie möglich – selbst obwohl er in längst abgeschriebenen, alten Meilern niedrigere Erzeugungskosten hat. Eine Laufzeitverlängerung würde daher lediglich zusätzliche Milliarden Gewinne in die Kassen der Stromkonzerne spülen, die Strompreise aber nicht senken. Und neue Atomkraftwerke sind teuer. Weltweit gibt es deshalb kein Atomkraftwerk ohne enorme staatliche Förderung. Deshalb sind in den letzten Jahrzehnten kaum mehr AKWs gebaut worden. Die viel beschworene Renaissance der Atomkraft ist daher bisher ausgeblieben.

AKWs sind auch nur scheinbar klimafreundlich. Aber eine Laufzeitverlängerung für AKWs würde dringend notwendige Investitionen in klimafreundliche erneuerbare Energien behindern. Wer weiterhin Milliarden mit seinen alten, abgeschriebenen AKWs verdienen kann, investiert nicht in moderne Technologien. Klimaschutz würde weiter vertagt. Außerdem liefern AKWs keine nutzbare

Wärme, so dass zusätzlich Heizenergie aus fossilen Quellen nötig ist. Unterm Strich sind deshalb moderne Gas-Blockheizkraftwerke viel klimafreundlicher als AKWs!

Die Atomkraft ist lebensgefährlich. Das zunehmende Alter macht AKWs immer störanfälliger. Dem gezielten Absturz eines Passagierflugzeugs – seit dem 11.09.2001 eine realistische Bedrohung – hielte wohl kein einziges AKW stand. Ganz zu schweigen von militärischen Angriffen. Hinzu kommt: Die Atomkraft ist die Vorstufe zur Atombombe! Wer sich für die Verbreitung ziviler Atomtechnologie in der ganzen Welt einsetzt, wird früher oder später die Atombombe ernten, wie die Beispiele, Indien, Pakistan, Iran und Nordkorea zeigen.

## Atomkraft ist lebensgefährlich

Weltweit gibt es für den erzeugten Atom Müll seit Jahrzehnten noch kein einziges sicheres Endlager! Auch die schwarz-rote Bundesregierung hat trotz ihrer erdrückenden Mehrheit noch keine fundierte Standortsuche eingeleitet. Im abgehoffenen und radioaktiv verseuchten Forschungsendlager Asse zeigt sich wie schon zuvor in Morsleben, wie das „für die Ewigkeit“ bestimmte Endlagerkonzept in Salzstöcken schon nach gut 30 Jahren scheitert. Ein Endlager in Gorleben ist unter diesen Umständen undenkbar.

## Beelitzer...



... Wasser ist knapp. Deshalb setzt sich Elke Seidel (Foto: links) von den Bündnisgrünen dafür ein, dass es in der Landschaft gehalten wird. Zusammen mit Cornelia Behm unternahm sie am 21. August eine Fahrradexkursion entlang der Nieplitz, um die Auswirkungen des mangelnden Nasses zu begutachten. Dabei kam Hoffnung auf: Ein Bauer will auf die landwirtschaftliche Nutzung seines Landes künftig verzichten, so dass ein jahrhunderte altes Moor renaturiert werden kann. Das ist viel wert. Denn ist ein Landwirt mit im Boot, lässt sich beim Landschaftsschutz etwas bewegen.

## Eberswalde ...

... war Veranstaltungsort für eine Podiumsdiskussion zum Thema Erdkabel, auf der Cornelia Behm am 5. September die bündnisgrüne Position vertrat. Sie forderte, dass in Planungsverfahren eine gesetzliche Gleichstellung des Erdkabels gegenüber der Energiefreileitung erfolgt. Der Energiekonzern Vattenfall plant eine Höchstspannungsleitung, die auch durch Städte und Naturschutzgebiete verlaufen soll. Bürgerinitiativen wehren sich dagegen.

## In Potsdam ...

... hielt Cornelia Behm ein Grußwort zum 15-jährigen Jubiläum des Freiwilligen ökologischen Jahres in Brandenburg. Im Moment leisten in der Mark 145 junge Menschen diesen Dienst, 25 von ihnen sind Zivildienstleistende. Dabei könnten es noch viel mehr sein: auf jeden Platz kommen drei Bewerbungen. Deshalb spricht sich die grüne Bundestagsfraktion für eine Ausweitung des Programms aus. Unser Ziel: Zahl der Plätze verdoppeln und bessere pädagogische Betreuung.



Atomkraftwerke: Kosten für Neubau zum Nachteil alternativer Energien



**Kleine Terminwahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)**

### 10. November

Fachgespräch zum Bodenschutz  
**im Bundestag**

### 17. November

Fachgespräch zur Gesundheitsversorgung auf dem Lande  
**in Angermünde**

### 28./29. November

Konferenz „Zwischen Welternährungskrise und Suppenküchen – Strategien gegen Armut und Hunger“  
**im Bundestag**

### 3. Dezember

Auftakt der Infotour zu Bergrecht und Braunkohleausstieg  
**in Potsdam**

### 11. Dezember

Infoveranstaltung zu Bergrecht und Braunkohleausstieg  
**in Lübben (Meckl.-Vorpommern)**

### 12/13. Dezember

Kongress „Politik für Ostdeutschland“  
**im Bundestag**

## Impressum

**Cornelia Behm Nachrichten**

### Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)  
Wahlkreisbüro,  
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331.887 10 56  
Fax: 0331.887 10 55  
Internet: [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)  
[cornelia.behm@wk.bundestag.de](mailto:cornelia.behm@wk.bundestag.de)

### Fotos & Grafiken:

- Seiten 1, 2 & 3 (Atomkraftwerk): [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de) –
- S. 3 (Rückblick) & 4: N. Naber –
- Seite 3 (Banner): Volksbegehren keine neuen Tagebaue –

### Layout/Satz:

WortSchlag.net  
Postfach 880135  
D – 13107 Berlin  
Mail: [service@wortschlag.net](mailto:service@wortschlag.net)  
[www.wortschlag.net](http://www.wortschlag.net)

### Druck:

Druckerei Edmund Stein GmbH  
Berliner Straße 42  
16540 Hohen Neuendorf

## Monumentendienst

Ein Inspektionsprogramm für die Denkmäler Brandenburgs ist notwendig. „Erfahrungen zeigen, dass es langfristig Kosten spart, wenn Denkmäler regelmäßig inspiziert und dabei kleine Schäden sofort repariert werden. Viel teurer ist dagegen die Komplettsanierung von Gebäuden in großen Zeitabständen,“ so Cornelia Behm. „Die Kosten dafür müssten ressortübergreifend aufgebracht werden: Eine Teilung zwischen Infrastruktur-, Landwirtschafts- und Kulturministerium ist denkbar. Das Kernbudget für den Denkmalschutz darf dabei jedoch nicht angetastet werden.“ Infos unter [www.monumentendienst.de](http://www.monumentendienst.de)

## Robbenschutz unzureichend

Das vom Deutschen Bundestag auf Initiative der Grünen geforderte Handelsverbot für Robbenprodukte kommt nach wie vor nur zäh voran. Wirtschafts- und Außenministerium verweigern einen Beschluss über den vorliegenden Gesetzentwurf des Agrarministeriums. Der zum gleichen Sachverhalt vorliegende Fraktionsentwurf von Union und SPD wird von einem Verordnungsentwurf der EU blockiert. Das wäre nur halb so schlimm, wenn die EU-Verordnung geeignet wäre, das jährliche Robbenschlachten einzudämmen. Das ist aber nicht der Fall. Denn die EU will den Handel mit „tierschutzkonform“ getöteten Robben weiter erlauben. Diese Ausnahme muss unbedingt gestrichen werden. Aber eine entsprechende Positionierung Deutschlands verhindern die üblichen CSU- und SPD-geführten Ministerien.

### Verkehr

# Havelausbau nicht notwendig

**Seit über 15 Jahren wird über den Havelausbau (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17) gestritten. In den 90er Jahren wurden deutlich mehr Güter per Schiff in Berlin und Brandenburg transportiert als heute. Auch aktuelle Prognosen sprechen gegen den Ausbau.**

Das Schicksal der Havel bewegt die Menschen in der Region. Über 100 interessierte Gäste kamen Anfang September zur vierten Dampferfahrt „Havelaussichten“ an Bord der „MS Paretz“. Cornelia Behm hatte im Namen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen Interessierte und zahlreiche Fachleute geladen, um einmal mehr das Für und Wider des Havelausbaus zu diskutieren. Die Fahrt führte von Potsdam zur Einfahrt in den Sacrow-Paretzer-Kanal bis in den Teltowkanal nach Kleinmachnow. Bund und Land halten weiter am Ausbau der dortigen Schleuse auf 190 Meter fest. Dabei passiert nur etwa einmal in der Woche ein Schubverband dieser Größe den Kanal.

Seit Ende August ist der Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals nördlich von Potsdam planfestgestellt. Der Ausbau dieses Teilstücks des Havelausbaus könnte beginnen. Aber

die Stadt Potsdam, der Umweltverband BUND und der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs als Chef der Unteren Naturschutzbehörde haben Klage eingereicht. Alle drei Kläger befürchten massive Beeinträchtigungen des lokalen Wasserhaushaltes. Außerdem müssten am nördlichen Ufer für die Kanalverbreiterung über 800 Bäume gefällt wer-

den. Nach den Ausbauplänen sollen sich Großmotorgüterschiffe von 11,40 Meter Breite und einem Tiefgang von 2,80 Meter im gesamten Sacrow-Paretzer-Kanal begegnen können. Laut aktueller Prognosen ist allerdings mit lediglich zwei solcher Schiffe am Tag zu rechnen. Mit dem Baubeginn will das Wasserstraßenneubauamt bis zur Gerichtsentscheidung warten.

## Drei Kläger gegen Pläne



© Nils Naber

**Behm: „Wir müssen die Schiffe den Flüssen anpassen!“**

## Kritik an Forstreform

Mit scharfer Kritik betrachtet Cornelia Behm die vom Kabinett beschlossene Forstreform. Insbesondere der für die Landesforstverwaltung geplante Stellenabbau von derzeit 2.500 auf 1.500 Stellen bis zum Jahr 2015 stößt auf Ablehnung: „Grundfehler der Reform: Zuerst hat seine Landesregierung eine Stellenzahl festgelegt und anschließend überlegt, wie die Forstverwaltung ihre Aufgaben bewältigen kann. Richtig wäre es jedoch, genau umgekehrt vorzugehen. Im Übrigen sollten die Mitarbeiter, deren Arbeitsplatz in der Landesforstverwaltung langfristig wegfällt, zu Waldpädagogen, Forstberatern oder Tourismusfachleuten weitergebildet werden. Sie haben dafür beste Voraussetzungen.“

## Sorbenstiftung ungesichert

Die im Mai erzielte Einigung zwischen Sachsen, Brandenburg und dem Bund zur Finanzierung der „Stiftung für das sorbische Volk“ ist leider schon wieder Makulatur. Sachsen, das noch im Mai seinen Anteil sogar um jährlich 100.000 Euro steigern wollte, will davon nun nichts mehr wissen. Damit steht die Stiftung weiter ohne ein gültiges Finanzierungsabkommen da. Das bisherige war mit dem Jahresende 2007 ausgelaufen. Der Bund wird zwar unabhängig davon die zugesagten 7,6 Mio. Euro jährlich bis zum Jahr 2012 zahlen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sachsens Rückzug zu einer Minderheitenpolitik nach Kassenlage führt – eine unverantwortliche Entscheidung